

## Erdrutschsieg für Thaksins Regierungspartei

Bei den thailändischen Parlamentswahlen Anfang Februar 2005 konnte die Regierungspartei von Premierminister Thaksin Shinavatra, Thai Rak Thai (Thais lieben Thais; TRT), eine überragende Mehrheit erreichen. Mit 376 (zum Redaktionsschluss lagen lediglich Hochschätzungen vor) von insgesamt 500 Sitzen erhielt sie somit eine Dreiviertelmehrheit, mit der Thaksin sogar die Verfassung ändern könnte – ohne Koalitionspartner. Dieser war bis dato die Chart Thai, die mit ihren 26 Sitzen nun nicht mehr an den Regierungsgeschäften beteiligt wird. Thaksin ist somit der erste demokratisch gewählte thailändische Premierminister, der mit einer solchen Machtfülle ausgestattet wurde.

Der größte Konkurrent, die Demokratische Partei, konnte nur 96 Sitze erreichen und büßte somit an oppositioneller Macht ein. Der Großteil dieser Mandate stammte aus den muslimisch dominierten, südlichen Provinzen, in denen sie 52 von 54 möglichen Sitzen erhielt.

Die Hauptgründe für diesen Erdrutschsieg liegen nicht nur in der hohen Popularität des Premiers. Vor allem seine Erfolge bei der Bekämpfung von Kriminalität und Armut verhalfen ihm zu der hohen Wählerzustimmung. So konnte der ehemalige Polizist Thaksin die Drogenkriminalität durch eine rigorose Anti-Drogen-Kampagne senken – der allerdings 2.500 Zivilisten zum Opfer fielen. Auch der sogenannte 30-Baht-Plan, der medizinische Versorgung ab 30 Baht (etwa 60 Cent) gewährleistet, fand großen Zuspruch in der Bevölkerung. Des Weiteren versprach er, die Armut in Thailand »auszuradiieren«, denn »wenn Menschen arm sind, kann das Land nicht erfolgreich sein. Unsere Politik hat die Herzen der Menschen gewonnen«, so der Premier.

Die Opposition und kritische Stimmen in der Bevölkerung sehen den Hauptgrund seiner politischen Erfolge jedoch auf einem ganz anderen Feld: der Kontrolle der Medien durch staatliche Institutionen und Thaksin selbst. So stehen fünf der sechs Fernsehstatio-

nen Thailands unter der Verwaltung der Regierung und dem Militär; der sechste gehört der vom Regierungschef gegründeten Shin Cooperation.

Zudem warf eine Untersuchung der Thailändischen Wahlkommission ein schlechtes Licht auf die Parlamentswahlen, die Korruption und gekaufte Stimmen feststellte. Der Sozialaktivist Vasan Sithikat ging sogar soweit, die Befürchtungen autoritärer Züge der künftigen Regierung wie folgt zu formulieren: »Unser Land hat das Dunkle Zeitalter erreicht, in dem der mächtigste Politiker seit den Militärdiktatoren der 1950er und 1960er das Land regiert«. Neutralere formulierten die Printmedien die Problematik dieser hohen Machtfülle. So schrieb die thailändische Zeitung The Nation, dass der Premier nun vor der Wahl stehe, »entweder den Weg eines Staatsmannes zu gehen und die thailändische Demokratie auf eine neue Stufe der Reife zu heben, oder tyrannisch zu werden und die hart erarbeitete Demokratie Thailands

# nachrichten

eventuell abzubauen«. Doch eine Verifizierung dieser Befürchtungen ist momentan nicht abzusehen, da Thaksin nach Meinung von Politikwissenschaftlern seine bisherige politische Linie nicht ändern wird. Allerdings bedauern diese die nun auftretende Abstinenz von Balance in der Demokratie, da die Opposition faktisch keine Möglichkeiten mehr hat, die Regierung zu kontrollieren, oder zumindest zu zügeln.

vgl. *Atimes*, 7.2.2005; *BBC* 17.2.2005; *The Nation*, 17.2.2005

## Thaksin droht Geldhahn abzudrehen

Während seines Besuches im Süden Thailands stellte Premierminister Thaksin Shinavatra ein neues Druckmittel für krisengeschüttelte Gebiete vor. Er teilte der Bevölkerung und der Öffentlichkeit mit, dass ein Ausschuss der Regierung Ortschaften und Regionen in den südlichen Provinzen Narathiwat, Yala und Pattani in drei Farbkategorien eingeteilt habe.

Zonen der Farbe Rot sind durch besondere Häufigkeit von Anschlägen und Gewalt aufgefallen. Gelb wird »semi-kooperativen« Gebieten zugeteilt und Grün markiert friedliche Regionen. Die roten Zonen werden keine weiteren

finanziellen Mittel erlangen, weil »wir [die Regierung] nicht wollen, dass sie das Geld für Sprengstoff, [reifenzerstörende] Stahlkrallen und Attentäter ausgeben«, so die Stellungnahme des Premiers in einer Ansprache an 1.000 Dorfbewohner in Narathiwat. Dörfer und Ortschaften in gelb markierten Gebieten werden finanziell nur soweit unterstützt, wie es notwendig ist, gelegentlich auftretenden gewalttätigen Strömungen entgegen zu wirken. Grüne Zonen erhalten wie bisher volle Unterstützung aus dem Provincial Development Fund mit einem Wert von 30 Milliarden Baht (etwa 600 Mil-

lionen Euro) oder dem Budget des SML-Plans zur Unterstützung kleinerer, mittlerer und größerer Dörfer (small, medium, large), das 20 Milliarden Baht (circa 400 Millionen Euro) umfasst.

Doch Betroffene sowie oppositionelle Politiker und auch hochrangige Militärs bezweifeln, dass diese Boykottierungstaktik aufgehen wird. Vielmehr wird kritisiert, dass gerade den schwer betroffenen roten Zonen der Geldhahn zugekehrt werde. Immerhin sei die Armut mit ein Grund für die Auflehnung der Bevölkerung und ihrer Sympathisierung mit islamistischen Terrorgruppen. Ein kontrollier-

ter Finanzfluss als Entwicklungshilfe würde der Bevölkerung dieser Regionen die Wurzeln des Unmuts und somit auch des Terrors entziehen.

Der Leiter des Plans Southern Border Provinces Peace-building Command (SBPPC), General Sirichai Tunyasiri, befürwortete die Einteilung und sagte, dass die meisten der roten Zonen in Narathiwat lägen.

vgl. *Bangkok Post*, 17.02; *BBC*, 16.2.2005

# nachrichten

## SEC erlaubt Börsengang der Thai Beverage

Die geplante Börsennotierung von Thailands größtem Alkoholproduzenten *Thai Beverage* erregt nicht nur durch sein Volumen Aufsehen. Der Börsengang des Unternehmens des Multimillionärs Charoen Sirivadhanabhakdi wird mit einem Wert von 40 Milliarden Baht (etwa 80 Millionen Euro) die höchste Notierung in der Geschichte des thailändischen Aktienmarktes sein.

Der Generalsekretär der Börsenaufsichtsbehörde SEC (Securities and Exchange Commission), Thirachai Phuvanat-naranubala, musste sich mit moralischen Vorwürfen konfrontiert sehen, als er die Notierung freigab. Religiöse Gruppen und auch der frühere Gouverneur von Bangkok, Maj-Gen Chamlong Srimuang, äußerten Bedenken, dass ein Unternehmen, das sein Geld mit dem Verkauf von Alkohol verdient, den Staatshaushalt unterstützen sollte. Doch Generalsekretär Thirachai zerstreute die Vorwürfe mit dem Hinweis, dass der öffentliche Haushalt schon in der Vergangenheit bereits durch ähnliche Unternehmen unterstützt worden sei. Doch die endgültige Entscheidung liegt bei der Regierung und ihren künftigen Richtlinien über den Verkauf von Alkohol, der in Zukunft eingeschränkt werden soll. Geplant ist zum Beispiel eine schärfere Überprüfung von Spirituosenverkäufen, vor allem was die Abgabe alkoholischer Getränke an Minderjährige betrifft.

vgl. *The Bangkok Post*, 15.02; *The Nation*, 14.02

## Medizinische Versorgung soll billiger werden

Das National Health Security Office (NHSO) und das Gesundheitsministerium beabsichtigen, die medizinische Vorsorge für die Bevölkerung erschwinglicher zu gestalten und gleichzeitig die Schulden der thailändischen Krankenhäuser zu tilgen.

Finanziert wird diese Reform durch Einnahmen aus Alkohol- und Tabaksteuern und einem kleinen Obolus seitens der Bevölkerung für einen Krankenhaus- oder Arztbesuch. Doch im Gegensatz zur Praxisgebühr hierzulande erhalten die Patienten für die 30 Baht (etwa 60 Cent) Impfungen und vorbeugende Medikamente beziehungsweise Behandlungen. Kinder erhalten vor allem Maßnahmen gegen die in Thailand weit verbreitete Schilddrüsenunterfunktion und spezielle Zahnbehandlungen, um Karies et cetera vorzubeugen. Bei

Frauen betrifft der 30-Baht-Plan vor allem die Finanzierung von Abstrichen und Mammographien. Doch hauptsächlich soll Nierenversagen entgegengewirkt werden, einer Krankheit, die ebenfalls recht häufig auftritt.

Um diese Behandlungen zu tragen, reichen die 30 Baht der Patienten jedoch bei weitem nicht aus. Allein die Nierenbehandlungen kosten etwa zwölf Milliarden Baht (circa 240 Millionen Euro), sagte ein zuständiger Arzt, Dr. Sanguan. Daher entschloss sich die Administration unter Thaksin, 70 Prozent der Einnahmen aus der Alkohol- und Tabaksteuer als Hauptfinanzierung zu verwenden, um die benötigten 110 Milliarden Baht (circa 2,2 Milliarden Euro) zu tragen. Dieses Budget, das dieses Jahr einem Pro-Kopf-Betrag von 1.396 Baht (etwa 28 Euro) entspricht,

soll nächstes Jahr auf 119 Milliarden Baht (circa 2,38 Milliarden Euro) erweitert werden.

Neben der Finanzierung dieser medizinischen Maßnahmen sollen die Schulden der 914 kommunalen Krankenhäuser, die sich derzeit auf etwa zwei Milliarden Baht (etwa 40 Millionen Euro) belaufen, getilgt werden. Damit reagiert die Regierung auf die Krise des medizinischen Sektors, den dieser im Zusammenhang mit dem Universal Health-Care Programme erlitt, der vor vier Jahren in Kraft trat.

vgl. *Bangkok Post*, 17.2.2005

## Thaksins Partei verlor Stimmen im Süden

Trotz des überragenden Wahlerfolges der Partei des Premierministers Thaksin Shinavatra, der *Thai Rak Thai* (Thais lieben Thais; TRT), musste der Premier im muslimisch dominierten Süden eine Schlappe einstecken. In den südlichen Provinzen Yala, Narathiwat und Pattani gingen 52 der insgesamt zu vergebenen 54 Sitze an die *Democrat Party*, der größten Oppositionspartei Thailands. Thaksins Regierungspartei TRT konnte hingegen keinen einzigen Sitz für sich gewinnen.

Der Premier sah die Gründe für die Verluste berechtigterweise hauptsächlich in den Konflikten im Süden. So bezichtigte er die örtlichen Abgeordneten der Unfähigkeit, die Situation unter Kontrolle zu bekommen und wies somit gleichzeitig die Verantwortung für die Gewalteskalationen der Vergangenheit von sich. Er bedauerte des Weiteren, dass die Kandidaten der TRT nicht »gut genug« waren und stellte fest, dass »die Demokratische Partei tiefe Wurzeln im Süden hat. Wir können nicht [mit den Demokraten] konkurrieren«.

vgl. *Atimes*, 9.2.2005; BBC, 16.2.2005

## Reise von Anschlägen überschattet

Kurz vor dem dreitägigen Besuch des thailändischen Premierministers Thaksin Shinavatra im muslimisch dominierten Süden detonierten drei Bomben und verletzten fünf Zivilisten und drei Soldaten. Ein vierter Sprengkörper konnte rechtzeitig von der Polizei entschärft werden. Unter den verletzten Zivilisten waren auch eine Studentin und der Rektor einer Universität, die ebenfalls auf der Besuchsa-genda Thaksins stand.

In der Stellungnahme des Premiers gab sich dieser wenig überrascht und sagte, »während meines Besuches werde es noch mehr Explosionen geben«.

Im Rahmen seines Besuches wollte er mehrere buddhistische und islamische Religionsführer treffen, um mit ihnen über die Konflikte und die gewalttätigen Auseinandersetzungen zu diskutieren, die seit Januar 2004 mehr als 500 Opfer gefordert haben. Des Weiteren war dieser Besuch eine Folge des Kabinettsbeschlusses, weitere 12.000 Soldaten in die Region zu entsen-

den. Die Aufgaben dieser Sondereinheit sollen über die üblichen Aufgaben von Soldaten hinausgehen. Sie sollen Entwicklungsarbeit leisten und Sicherheit und Frieden gewährleisten. Ausländische Journalisten und Beobachter halten es jedoch für unwahrscheinlich, dass solche »friedlichen Missionen« von der Bevölkerung als solche wahrgenommen werden. Sie bewerten die Bombenanschläge vielmehr als Ausdruck des Unmuts gegenüber der politischen Linie der Regierung für den Süden Thailands, die im Ausbau der stationierten Kräfte einen vorläufigen Höhepunkt fand. Lokale islamische Gemeindevorstände warnten die Regierung sogar, dass verstärkte Militärpräsenz in den südlichen Provinzen Yala, Narathivat und Pattani »konterproduktiv« für die Regierung sei und mit Sicherheit »nicht den Zuspruch der Regierung« finden werde.

vgl. *Reuters*, *Financial Times*, *BBC*, 16.2.2005